

10
K

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der GemeinderätInnen Rudolf Hundstorfer und Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch betreffend Untersuchungsausschuss als Minderheitenrecht, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 24. September 2003

Wien hat 2001 als erstes und bislang einziges Bundesland die Einsetzung einer Untersuchungskommission des Wiener Gemeinderates bzw. des Landtages als Recht der parlamentarischen Minderheit ermöglicht. Wien hat damit die demokratischen Kontrollmöglichkeiten der parlamentarischen Minderheit um ein ganz wesentliches Element erweitert, das auch angenommen und genutzt wurde.

Ganz im Gegensatz dazu ist es trotz zahlreicher Bemühungen auf Bundesebene noch nicht gelungen, eine ähnliches Kontrollinstrument im Parlament zu schaffen, also die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses als Minderheitenrecht. Dabei hat die derzeitige Regierungskoalition auf Bundesebene bereits viele Anlässe für derartige Verlangen geboten.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
Eing.: 24 SEP 2003
POL/3948/2003/0001-KSP/KA
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat erklärt, dass er die Einsetzung einer Untersuchungskommission als Minderheitenrecht für eine wichtige demokratische Kontrolleinrichtung hält.

Der Wiener Gemeinderat fordert den Bundesgesetzgeber auf, ein ähnliches Instrument - parlamentarische Untersuchungsausschüsse - auch auf Bundesebene (im National- und Bundesrat) als Minderheitenrecht zu schaffen und damit die Kontrollmöglichkeiten gewählter Abgeordneter um einen entscheidenden Schritt zu verbessern.

Der Wiener Gemeinderat ersucht auch den Österreich-Konvent, dem Bundesgesetzgeber eine entsprechende Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes vorzuschlagen, womit eine entsprechende Änderung des Geschäftsordnungsgesetzes möglich würde.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 24. September 2003

Rudolf Hundstorfer
Elisabeth Neck-Schaukowitsch
Stefan Huber
Barbara Glaser